

El Tiempo 13.10.2003

Die Drohung wurde bei einer routinemäßigen Abhöraktion aufgenommen, die die Polizei schon am 24. September durchführte. Aber sie wurde erst diesen Montag von General Teodoro Campo, dem Direktor der Polizei bekannt gegeben.

Mit ruhiger und fester Stimme sagt der Guerillachef, dass die örtlichen Mandatsträger zurücktreten sollen, weil sie Amtsträger der illegitimen und paramilitärischen Regierung Uribe seien und er weist seine Statthalter an, "ihre Vorgesetzten zu konsultieren", falls Kommunalpolitiker dem nicht Folge leisten sollten, bevor sie sie töteten.

Wie es scheint, richtet "Jojoy" sich in der Nachricht an fünf Kommandanten, deren Antworten auch in der Aufnahme zu hören sind.

Aber die Polizei präsentierte nur einen der drei Punkte, um die es in dem mitgeschnittenen Gespräch ging, und zwar darum, dass "Jojoy" sie daran erinnerte, dass dieses Vorgehen so bereits abgesprochen sei.

El Tiempo hat erfahren, dass in einem anderen Gesprächspunkt der Guerillachef sich auf Festlegungen bezog, die in einem Treffen der Oberkommandierenden des Süd- und des Ostblocks der FARC getroffen worden waren, die vor wenigen Monaten stattgefunden hatte.

Sowohl der General als auch Präsident Uribe interpretierten gestern den Mitschnitt als Drohung auch gegen die Kandidaten, die am 29. Oktober zur Wahl stehen.....

Es ist sicher, dass viele lokale Politiker - sowohl Amtsträger als auch Kandidaten - dieses Jahr nach Feststellungen der Polizei bereits 148 Angriffe erlitten haben, darunter Mord, Entführung und Attentate.

Mit dem Tod von John Jairo Duque, der in Santo Domingo (Dept. Antioquia) für den Gemeinderat kandidierte und vom ELN am 9. Oktober ermordet wurde, sind dieses Jahr 26 kommunale Kandidaten ermordet worden.

Ebenfalls wurden in diesem Jahr acht Bürgermeister ermordet (insgesamt 63 seit 1998) und seit Mai 2002 86 Ratsmitglieder.

Laut Wahlregistratur haben 48 eingeschriebene Kandidaten zur Kommunalwahl auf ihre Kandidatur wegen der Drohungen verzichtet.....

General Campo unterstrich, dass die Polizei eingesetzt ist, die rund 75.000 Kandidaten für die Ämter der Gouverneure, Bürgermeister, Gemeinderäte und Departementsabgeordneten zu schützen, sagt aber, es sei "physisch unmöglich, allen individuellen Schutz zu gewähren".

Daher appellierte er an die Kandidaten, sich an die Hinweise des Verteidigungsministeriums zu halten und die darin enthaltenen Minimalnormen der Sicherheit zu befolgen und "Maßnahmen zum Selbstschutz" zu ergreifen, z.B. es zu vermeiden, an Orten aufzutreten, wo keine öffentlichen Sicherheitskräfte zugegen seien und ihre Wahlkampfreisen mit den Sicherheitskräften zu koordinieren.

Im gleichen Sinne äußerte sich der Heereskommandant General Carlos Alberto Ospina.

"Wir raten den Kandidaten zur Vorsicht... Ich rate ihnen, lieber einige Stimmen zu verlieren, als ihr Leben", sagte er.